

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 290

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 18. November 1937.

Der Voranschlag 1938 der Stadt Wien.

Bürgermeister Richard Schmitz hat heute in der Sitzung des Haushaltausschusses der Wiener Bürgerschaft den Entwurf des Voranschlages der bundesunmittelbaren Stadt Wien für das Jahr 1938 eingebracht. Der Entwurf verzeichnet auf der Ausgabenseite ein Gesamterfordernis von 403,626.740 Schilling (gegen 391,110.880 Schilling laut Voranschlag für das Jahr 1937) und Gesamteinnahmen von 396,355.260 Schilling (1937: 371,832.820 Schilling). Die städtische Hoheitsverwaltung rechnet sonach mit einem Abgang von 7,271.480 Schilling (1937: 19,278.060 Schilling), der zur Gänze auf die laufende Gebarung entfällt und in Kassenbeständen, beziehungsweise durch eine Kreditoperation bedeckt werden soll.

Die Erfordernisse für die Arbeitsbeschaffung im Gesamtbetrage von 50,600.000 Schilling wurden wieder in einem eigenen Abschnitt zusammengefasst. Ein kleiner Teilbetrag des Erfordernisses für die Arbeitsbeschaffung - 163.400 Schilling - ist in Einnahmen gedeckt, die sich aus der Durchführung des Programmes selbst ergeben, der Hauptsache nach bleibt die Aufbringung der erforderlichen Mittel auf die Aufnahme von Hypothekarkrediten angewiesen, und zwar mit 47,419.600 Schilling auf die mit den Beschlüssen der Wiener Bürgerschaft seinerzeit genehmigten Hypothekarkredite und mit 3,017.000 Schilling auf Hypothekardarlehen nach dem Kleinwohnungsförderungsgesetz vom Jahre 1937.

Soweit die laufende Ausgabegebarung in Frage kommt, ist hervorzuheben, dass auch diesmal ausser den Verpflichtungen der Stadt nur die dringendsten, ganz unabweislichen Notwendigkeiten untergebracht werden konnten und wieder manche sachlich gerechtfertigte Forderungen der einzelnen Verwaltungszweige zurückgestellt werden mussten. Bei Ermittlung der Einnahmensätze der laufenden Gebarung, insbesondere im Bereich des Abgabenamtes, durfte sich die Stadtverwaltung nicht dem Optimismus hingeben, dass die Steigerung der Erträge, die in den letzten Jahren zu verzeichnen war, auch nur annähernd im gleichen Ausmass im kommenden Jahre sich fortsetzen werde. Der Ertrag der städtischen Einnahmen wurde daher entsprechend den bisherigen Ergebnissen im allgemeinen nicht wesentlich höher angesetzt als im Voranschlag für das Jahr 1937, bei einigen Posten mussten die Ansätze sogar etwas erniedrigt werden.

In Gegenüberstellung zu den Ansätzen für das Jahr 1937 ergeben sich folgende Hauptziffern:

	Ausgaben		Einnahmen	
	Schilling			
	1937	1938	1937	1938
Allgemeine Verwaltung.....	125,944.350	124,025.330	5,959.920	6,123.380
Finanzamt	50,218.670	51,731.110	247,030.690	257,909.190
Wohlfahrtsamt	98,499.390	100,091.180	11,744.400	11,863.000
Wohnungsamt	18,701.940	18,558.870	20,964.150	21,262.170
Bauamt	48,119.150	46,562.140	36,841.990	37,004.510
Wirtschaftsamt	12,733.880	12,058.110	12,398.170	11,593.010
Arbeitsbeschaffung.....	36,893.500	50,600.000	36,893.500	50,600.000
Zusammen:	391,110.880	403,626.740	371,832.820	396,355.260

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Von dem Ansätze der allgemeinen Verwaltung entfällt der überwiegende Betrag auf Personalkosten (einschliesslich der Schulen.) Unter Einrechnung der bei den Betrieben u. a. enthaltenen Personalaufwendungen rechnet der Voranschlag mit einem gesamten Personalaufwand von 146,247.960 Schilling (1937: 144,990.820 Schilling). Die Steigerung ist auf die normalen Vorrückungen, auf die Pragmatisierung von Vertragsangestellten und auf verstärkte Pensionierungen zurückzuführen. Auf das aktive Personal entfallen 99,168.810 Schilling (+609.170 Schilling), auf die Pensionsparteien 47,079.150 Schilling (+647.970 Schilling). Der Anteil der Aktivitätsbezüge am Gesamtaufwand der Hoheitsverwaltung wird von 25'2 v. H. auf 24'6 v. H. zurückgehen. Die Pensionsbeiträge der Angestellten sind einschliesslich der Dienstgebühr mit 4,213.870 Schilling veranschlagt (1937: 4,017.400 Schilling).

Der Personalstand betrug am 1. August 1937 22.611 aktive Angestellte und 13.608 Pensionsparteien (gegen 22.401 und 13.300 Personen am 1. August 1936).

Auf das Schulpersonal allein entfallen 48,631.000 Schilling. Das schon bisher ungünstige Verhältnis der Bezüge des aktiven Schulpersonales - 27,788.600 Schilling (1937: 28,037.900 Schilling) - zu den Pensionslasten - 20,842.400 Schilling (1937: 20,715.500 Schilling) - hat sich weiterhin verschlechtert. Zu diesem Betrag kommt noch der Beitrag, den die Stadt Wien auf Grund des Trennungsgesetzes Wien-Niederösterreich vom Jahre 1921 zu den Ruhe- und Versorgungsgenüssen der niederösterreichischen Lehrpersonen und deren Hinterbliebenen zu leisten hat und der mit 1,496.210 Schilling veranschlagt ist. Dem steten Sinken der Schülerzahl entsprechend wurden weitere Schulen gesperrt. Die dadurch ermöglichte Herabsetzung des Sachaufwandes der Schulen (Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Lehr- und Lernmittel u. s. wird allerdings durch Verbesserungen des Werkstättenunterrichtes und durch ^{erstmalig} das veranschlagte Erfordernis für die vormilitärische Jugenderziehung zum Teil wieder wettgemacht. Der gesetzliche Beitrag der Stadt Wien zum Aufwand des Fortbildungsschulfonds musste auf 2,030.000 Schilling (1937: 1,890.820 Schilling) hinaufgesetzt werden; die Erhöhung ist vor allem **in der Steigerung der Zahl der Lehrlinge, sodann in den Ausgaben für die religiös-sittliche und vaterländische Erziehung der gewerblichen Jugend** und für den Ausbau der Freizeitgestaltung begründet. Die Zahl der Lehrlinge betrug zu Beginn des Schuljahres 1937/38 18.035 gegen 17.032 im Vorjahre. Die Frauenerwerbschulen-Fachschule für Damenkleidermachen und Wäschewarenherstellung sowie die Haushaltungsschule belasten den Stadthaushalt mit einem Nettoerfordernis von 17.040 Schilling. Die im Wohlfahrtsamt nachgewiesenen Ausgaben für die Schulspeisung, die Schulzahnkliniken, den schulärztlichen Dienst und die augenärztliche Zentrale für Schulkinder werden einen Aufwand von 1,412.700 Schilling erfordern. Namhafte Beträge sind auch beim Bauamt ^{und} im Abschnitt der Arbeitsbeschaffung für die Erhaltung der Schulgebäude und der Turnsaaleinrichtungen sowie als Bauraten für die neuen Hauptschulen in Aspern und Leopoldau sichergestellt; sie belaufen sich auf 3,000.000 Schilling. **Einschliesslich** der in eigenen Einnahmen des städtischen Lehrpensionsfonds gedeckten Aufwendungen - der Abgang des Fonds wird von der Stadt Wien gedeckt - stellt sich das veranschlagte Bruttoerfordernis für das gesamte Schulwesen auf 61,342.960 Schilling (1937: 62,380.730 Schilling) .

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Aus der allgemeinen Verwaltung sind noch hervorzuheben die erhöhten Aufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs mit 670.000 Schilling (+ 120.000 Schilling), die Ressortauslagen der Museen einschliesslich Stadtbibliothek mit 217.800 Schilling (+ 177.000 Schilling), der Arbeiterbüchereien mit 250.000 Schilling (+ 61.600 Schilling) und der Feuerwehr mit 1.147.210 Schilling (+ 285.440 Schilling).

Entgegen der Annahme, dass die Heranziehung der Stadt ^{Wien} zu einem Wehrbeitrag an den Bund, wie damals in Aussicht gestellt worden war, auf das Jahr 1937 beschränkt bleiben werde, musste auf Grund der Verhandlungen über das Abgabenteilungsgesetz neuerlich ein Wehrbeitrag eingesetzt werden. Er beläuft sich auf 4 Millionen Schilling und wird in gleicher Höhe den Stadthaushalt auch noch in den Jahren 1939 und 1940 belasten.

Die städtischen Abgaben einschliesslich der Zuschläge zu den Bundesgebühren sind mit 118.896.000 Schilling (1937: 116.141.000 Schilling) eingesetzt. Eine erwähnenswerte ^{Erhöhung} bedeutende/weisen im Ansatz nur die Fürsorgeabgabe (+1.000.000 Schilling), die Ankündigungs- und die Anzeigenabgabe (je + 100.000 Schilling), die Wertzuwachsabgabe (+300.000 Schilling) und der Zuschlag zu den von Fall zu Fall bemessenen Immobiliargebühren (+ 400.000 Schilling) auf. In der Erhöhung des Ansatzes der Fürsorgeabgabe kommt immerhin die Belebung der Wirtschaft zum Ausdruck, zu der die starken finanziellen Opfer der Stadtverwaltung einen wesentlichen Beitrag leisten. Dabei ist jedoch hervorzuheben, dass die Steigerung wesentlich höher wäre, wenn nicht die mit der I. Steuerverordnung des Bürgermeisters vom Jahre 1934 vorgesehene und von zahlreichen Betrieben angewendete Pauschalierung der Abgabe in Rechnung gestellt werden müsste. Auch die Erhöhung der Ansätze der Ankündigungs- und der Anzeigenabgabe ist auf eine gesteigerte Geschäftstätigkeit zurückzuführen. Mit den höheren Ansätzen der Wertzuwachsabgabe und der Zuschläge zu den Immobiliargebühren wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass der Realitätenmarkt eine Bewegung aufweisen wird, die den Erfahrungen der Jahre 1936 und 1937 entspricht. Dagegen musste in Berücksichtigung der derzeitigen tatsächlichen Eingänge der Ansatz der Feuerversicherungsbeiträge um 100.000 Schilling herabgesetzt werden. Die mit Stadtgesetz vom 13. Mai 1937 eingeführte Fahrabgabe ist entsprechend den bisherigen Ergebnissen mit 800.000 Schilling veranschlagt.

Die ebenfalls vom Abgabnamt verwalteten, aber bei den betreffenden Betrieben veranschlagten Müllabfuhr-, Wasserbezugs- und Kanalräumungsgebühren entsprechen mit zusammen 26.451.550 Schilling ungefähr dem Vorjahrsansatz (26.520.000 Schilling).

Die Ertragsanteile an den mit dem Bunde gemeinschaftlichen Abgaben können auf Grund des Voranschlagsentwurfes des Bundes mit 67.056.000 Schilling veranschlagt werden. Dies bedeutet gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1937 eine Steigerung um 5.730.210 Schilling. So erfreulich diese Tatsache ist, muss doch festgestellt werden, dass auch dieser höhere Ansatz nicht einmal die Hälfte des im Jahre 1930 der Stadt aus dem Titel der in Wien entrichteten gemeinsamen ^{Abgaben} Abgaben zugeflossenen Betrages von 137.619.318 Schilling erreicht.

Die eigenen Abgaben der Stadt, die Zuschläge zu den Bundesgebühren, die vorerwähnten Gebühren städtischer Betriebe und die Ertragsanteile ergeben einen Gesamtansatz von 212.403.550 Schilling (1937: 203.986.790 Schilling). Sie decken 60,2 Prozent des Gesamterfordernisses der laufenden Gebarung (1937: 57,6 Prozent).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Von den sonstigen Einnahmenansätzen des Finanzamtes sind der Höhe der Betrages nach noch bemerkenswert; die Abfuhr der städtischen Unternehmungen (32,300.000 Schilling gegen 32,315.000 Schilling), die Beiträge des Bundes, der städtischen Unternehmungen u. a. zum Anlehensdienst der Stadt (17,954.000 Schilling gegen 16,853.000 Schilling im Jahre 1937), die mit 3,048.500 Schilling veranschlagten Zinsen, die zum Grossteil (2,035.980 Schilling) für Anlage- und Betriebskapitalien eigener Betriebe errechnet sind, und endlich die mit 15,122.800 Schilling veranschlagten Wertabschreibungen, die zur Gänze eine blosse Durchführungspost darstellen.

Der Dienst für die titrierte Anlehensschuld rechnet mit einem Erfordernis von insgesamt 19,805.000 Schilling (1937: 18,603.800 Schilling). Die Tilgung der vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds in den Jahren 1919 bis 1922 geleisteten Baukostenbeiträge zu den städtischen Wohnhausbauten und die planmässige Abstattung der Hypothekarkredite nach dem Wohnbauförderungs- und Mietengesetz vom 14. Juni 1929 werden 1,447.250 Schilling (-70.000 Schilling) erfordern. Neu ist der Ansatz für die Tilgung und Verzinsung der auf Grund des Gesetzes vom 17. März 1937 betreffend die Förderung der Errichtung von Kleinwohnungshäusern zugesagten Hypothekarkredite. Entsprechend dem Fortschritt dieser Bauten ist im Jahre 1938 mit einem Erlös aus den hierfür in Aussicht genommenen Hypotheken im Betrage von 3,017.000 Schilling zu rechnen. Für den Dienst dieser Hypotheken ist mit Rücksicht darauf, dass sie erst nach Fertigstellung der Bauten, also frühestens im ^{zweiten} Halbjahr anfallen können, im vorliegenden Voranschlag nur eine Halbjahresrate im Betrage von rund 90.000 Schilling vorgesehen. Zur vertragmässigen Tilgung der Schatzscheinschuld, deren Stand Ende 1936 68 Millionen Schilling betrug, sind 20 Millionen Schilling eingesetzt.

Das Wohlfahrtsamt rechnet mit Ausgaben von zusammen 100,091.180 Schilling (1937: 98,499.390 Schilling) und mit Einnahmen (Verpflegungskostenersatz, Elternbeiträge, Friedhofsgebühren u. a.) von 11,863.000 Schilling (1937: 11,744.400 Schilling).

Die städtischen Wohlfahrtsanstalten allein budgetieren ohne die Kinderheilanstalt San-Polagio einen Aufwand von 30,175.100 Schilling (1937: 29,596.200 Schilling). Hieron wird der Personalaufwand einschliesslich einer errechneten Pensionsquote für 3.765 Angestellte 16,080.600 Schilling erfordern (+ 165.800 Schilling), die Betriebserfordernisse, hauptsächlich Brennstoffe, Lebensmittel, Arzneien sind mit 11,071.100 Schilling (+ 247.300 Schilling) veranschlagt, die allgemeinen Unkosten mit 753.100 Schilling (- 17.600 Schilling) und die Erhaltungsauslagen einschliesslich Nachschaffungen und verschiedener baulicher Herstellungen mit 2,270.300 Schilling (+ 183.400 Schilling). Als erste Baurate für die Errichtung zweier neuer Pavillons in der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof ist der Betrag von 1,000.000 Schilling vorgesehen. Diese Neubauten sind angesichts des schon seit einer Reihe von Jahren bestehenden und überaus schmerzlich empfundenen Ueberbelages der Anstalt ein unbedingt Erfordernis. Der Voranschlag der Wohlfahrtsanstalten ist auf einen Normalbelag von zusammen 21.598 Betten aufgebaut. Die Bettenanzahl der Versorgungshäuser ist gegenüber 1937 um 208 höher angenommen. Die veranschlagten Verpflegstage belaufen sich auf 7,459.250 (gegen 7,131.480 des Voranschlages 1937). Hieron entfallen 43.800 Tage auf die ^{im} Jahre 1937 eröffnete Herberge für obdachlose Frauen, Mädchen und Mütter mit ihren Kindern.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Die stärkere Heranziehung der eigenen Anstalten, auch des städtischen Seehospizes San Polagio ermöglicht eine Herabsetzung der für die Verpflegung in fremden Versorgungs- und Heilanstalten sicherzustellenden Beträge; es sind hierfür insgesamt 9,881.000 Schilling (1937: 10,552.000 Schilling) vorgesehen. Dagegen musste der Ansatz für die Unterbringung in Kinderpflegeanstalten und Kinderheimen von 2,300.000 Schilling auf 2,600.000 Schilling erhöht werden. Dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1933 eine Erhöhung um mehr als 1,000.000 Schilling und beweist das innige Zusammenarbeiten der öffentlichen mit der privaten Jugendfürsorge.

Auch die offene Armenpflege musste wieder stärker bedacht werden. Der Voranschlag sieht hierfür einen Aufwand von 25,690.500 Schilling vor, davon allein 16,600.000 Schilling (+ 500.000 Schilling) für Erhaltungsbeiträge und 6,000.000 Schilling (+ 300.000 Schilling) für Pflegebeiträge. Hierzu kommen noch 1,337.000 Schilling (+ 300.000 Schilling) für die offene Armenkrankenpflege (Arzneien, Bandagen, Optikerwaren, Hebammen u. a.).

Der Stand der im Bezuge von Erhaltungsbeiträgen stehenden Armen ist in ununterbrochenem Ansteigen begriffen; er betrug Ende Juni 1937 55.163 Personen (gegen 42.432 Ende Dezember 1932). Pflegebeiträge wurden im Mai 1937 für 43.419 Kinder ausbezahlt.

Die Ansätze von 2,050.000 Schilling für Pflegegelder und von 2,300.000 Schilling für die Förderung der verschiedenen Hilfsaktionen - Winterhilfe, Jugendhilfswerk, Jugend in Not, Jugend in Arbeit u. a. - wurden unverändert belassen. Bedeutend erhöht wurde der Ansatz für Familienschutz und Familienfürsorge (700.000 Schilling gegen 400.000 Schilling). Mehranforderungen kleineren Ausmasses sind unter anderem festzustellen mit 10.000 Schilling bei der Säuglingswäsche, mit 15.000 Schilling für Fahrkosten für Jugendamtsschützlinge und Pflegestellenaufsicht ausserhalb Wiens und mit 9.000 Schilling bei den Tuberkulosenfürsorgestellen.

Die Kindergärten und Horte werden einschliesslich des Personal- und allgemeinen Sachaufwandes 4,809.240 Schilling kosten (1937: 4,692.330 Schilling). Die zweite Baurate für die Errichtung eines Kindergartens und Hortes in der auf dem Gebiete des Barackenlagers XL, Hasenleitengasse neu erstehenden Wohnsiedlung wird mit einem Betrag von 1,000.000 Schilling (Gesamtkosten 1,5 Millionen Schilling) angenommen. Für sonstige Bauten mit Wohlfahrtscharakter ist noch ein Betrag von 1,200.000 Schilling als II. Baurate für die Schaffung von Fürsorgeeinrichtungen in Stadttrandsiedlungen (Kindergärten, Horte, Seelsorgestationen, Mutterberatungsstellen u. a.) und ein Betrag von 630.000 Schilling für die Kosten der Errichtung von Tagesheimstätten im Anschluss an Familienasylbauten vorgesehen. Die Ausgestaltung des Krankentransportbetriebes (Erneuerung des Fahrparkes und bauliche Herstellungen in den Sanitätsstationen) erfordert 61.000 Schilling. - Als Gesamtausgabe für das Wohlfahrtswesen ergibt sich unter Einbeziehung aller in Betracht kommenden Gebarungen 116,590.950 Schilling. Die Summe erhöht sich, wenn auch die Kosten für die Fertigstellung der Familienasyle miteinbezogen werden, auf 117,520.950 Schilling.

Im Bereich des Wohnungsamtes veranschlagt die städtische Wohnhäuserverwaltung 1,196.340 Schilling (1937: 1,129.510 Schilling) für Personalbezüge und 14,761.540 Schilling (14,772.780 Schilling) für sachliche Betriebsverföhrnisse. Hierbei sind die Wertabschreibungen zu dem geringen Satz von 3/4 v. H. des Anlagewertes in Rechnung gestellt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am.....

Die Erträgnisse von Mietzinsen und Betriebskostenersätzen sind mit 17,094.490 Schilling (+ 158.500 Schilling) angesetzt, die Einnahmen der Wäscherei- und Badeanlagen mit 1,847.440 Schilling (- 18.060 Schilling).

Die Ausgaben für die Gewinnung von Wohnraum sind auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm verwiesen. Dort sind vorgesehen: 350.000 Schilling für die Adaptierung von sechs freigewordenen Schulen (100 neue Wohnungen), 2,955.700 Schilling als II. Baurate für das auf Grund des Kleinwohnungsförderungsgesetzes erstellte Programm 1937 (468 Wohnungen und 14 Geschäftslokale) und 5,164.000 Schilling für das Bauprogramm 1938 (596 Wohnungen), 600.000 Schilling für die Fertigstellung der Wohnhausbauten X., Triesterstrasse-Raxstrasse und V., Wiedner Hauptstrasse nächst St. Florian (zusammen 76 Wohnungen), 4,500.000 Schilling als II. Rate für den Bau der Wohnsiedlung auf den Gründen des Barackenlagers XI., Hasenleitengasse (900 Wohnungen) und schliesslich 930.000 Schilling als Restzahlung für die noch im Bau befindlichen Familienasyle. Die sonach zur Verbauung gelangende Summe beläuft sich auf 14,499.700 Schilling. Grundwerte sind hierin nicht enthalten.

Die technischen Betriebe-Strassenpflege-einschliesslich Kraftwagenbetrieb, Wasserversorgung, Kanalisation und Bäder- veranschlagen 15,502.510 Schilling (+ 230.970 Schilling) Personalbezüge, 6,748.070 Schilling (- 279.800 Schilling) Betriebsverordnungen, 2,536.670 Schilling (+ 529.090 Schilling) allgemeine Unkosten und 4,335.000 Schilling (+ 40.400 Schilling) Erhaltungsauslagen ohne Wertabschreibungen. Vom Mehrerfordernis der allgemeinen Unkosten entfallen allein 250.000 Schilling auf die Finanzierung einer neuen Aktion, die die Auswechslung veralteter Klosette durch solche mit Wasserspülung vorsieht.

Bei den Einnahmen der Bäder musste darauf Bedacht genommen werden, dass der seit einer Reihe von Jahren zu beobachtende Rückgang nicht nur auf die Ungunst der Witterung allein zurückgeführt werden kann, sondern in der Bevorzugung der billigeren Bäder wie im Aufkommen der Badeausflüge auch eine bleibende Ursache hat. Die Einnahmen konnten daher nur mehr mit 3,490.770 Schilling festgesetzt werden. Sie reichen nicht aus, die Betriebsverordnungen einschliesslich der ohnehin nur bei einem Teil der Bäder in Rechnung gestellten Wertabschreibungen zu decken.

Die Investitionen der technischen Betriebe sind mit insgesamt 6,141.100 Schilling veranschlagt. Davon entfallen 2,373.100 Schilling auf die programmässige Ausgestaltung der Wasserversorgungsanlagen, darunter die Vollendung des Lainzer Behälters, 2,050.000 Schilling auf die Fortführung der Assanierung und auf den Ausbau von Kanalisationsanlagen, 857.000 Schilling auf bauliche Ausgestaltungen, darunter die erste Rate für die Anlage eines Bootshafens und eines Wellenbades im Strandbad am Gänsehäufel und die Kosten für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Strandpromenade Nussdorf-Kahlenbergdorf und 861.000 Schilling auf die Anschaffung von Fahrzeugen, Müllabfuhrkübeln, Wassermessern und verschiedenen Geräten.

Für die laufende Erhaltung der Gärten, Strassen und Brücken wird einschliesslich des Personal- und allgemeinen Sachaufwandes 10,007.840 Schilling (+ 241.000 Schilling) erfordern. Die Neuherstellungen belaufen sich auf insgesamt 16,147.300 Schilling, wovon allein 15,100.000 Schilling auf den Strassenbau entfallen, und sind zum grössten Teil im Arbeitsbeschaffungsprogramm enthalten.

Für die Erhaltung der Amtshäuser stehen 1,000.000 Schilling, für Strassentafeln, Verkehrsanlagen, Verbesserung der Strassenbeleuchtung und Be-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

kämpfung der Rauchplage 280.000 Schilling zur Verfügung.

Die für das Baugewerbe so bedeutungsvollen Aktionen des Assanierungs- und des Hausreparaturfonds werden fortgesetzt. Die seit 1934 aus Mitteln der Stadt den beiden Fonds gegebenen Dotationen werden Ende 1937 den Betrag von rund 25 Millionen Schilling erreichen und ergeben einen Jahresdurchschnitt von 6.000.000 Schilling. Das Budget 1938 sieht eine Dotation von 8.300.000 Schilling vor, wovon 3.000.000 Schilling auf Finanzierung bereits erfolgter Zusagen und 5.300.000 Schilling auf neue Vorhaben entfallen.

Der Voranschlag der Märkte und Schlachthöfe schliesst mit einem Abgang von 279.580 Schilling, wozu noch 802.460 Schilling ausserordentliche Ausgaben kommen. Die Einnahmenansätze mussten mit Rücksicht auf das derzeitige Ergebnis auf 9.192.270 Schilling (- 739.000 Schilling) herabgesetzt werden. Die Lagerhäuser werden nach dem Voranschlag fast ausgeglichen abgeschlossen.

Bezüglich des Arbeitsbeschaffungsprogrammes ist zunächst festzustellen, dass durch die Vollendung ausschlaggebender Vorhaben wie Höhenstrasse, Wientalstrasse, Rotundenbrücke, Stadionbrücke, Wasserbehälter in Lainz, an und für sich eine gewisse Erleichterung gegeben gewesen wäre. Der noch immer sehr hohe Stand der Arbeitslosigkeit in Wien hat jedoch die Stadtverwaltung veranlasst, das Programm zu erweitern, indem sie von der Begünstigung des Kleinwohnungsförderungsgesetzes vom Jahre 1937 soweit als möglich Gebrauch macht, ein Entschluss, der bereits in der Debatte über den Voranschlagentwurf des Bundes für das Jahr 1938 gebührend anerkannt wurde. Ausser den sonstigen Vorhaben stehen für die Ausführung der beiden von der Wiener Bürgerschaft beschlossenen Kleinwohnungsbauprogramme 1937 und 1938 sowie für die II. Rate der im Jahre 1937 begonnenen Wohnsiedlung XI., Hasenleiten nach dem ^{neuen} Programm nicht weniger als 12.619.700 Schilling zur Verfügung. Hierzu kommen 1.880.000 Schilling für sonstige Wohnhausbauten einschliesslich Familienasyle und 7.187.000 Schilling für Zweckbauten. Für den Hochbau sind sonach insgesamt 21.686.700 Schilling vorgesehen. Dieser beträchtlichen Summe müssen noch die Millionenbeträge zugerechnet werden, die aus den durch Assanierungs- und Hausreparaturfonds geförderten zahlreichen Arbeiten den grossen und kleinen Wiener Betrieben im nächsten Jahre zufließen werden, die an der Bautätigkeit interessiert sind.

Von der Tatsache abgesehen, dass die Errichtung der erwähnten Bauten unabweisliche Erfordernisse befriedigen wird, hat die Erweiterung des Programmes in der Richtung des Hochbaues den Vorzug, dass gegenüber dem Strassen-, Brücken- und Tiefbau bei gleich hohen Aufwendungen eine Höchstzahl verschiedener Gewerbe beschäftigt werden kann. Neben der Möglichkeit, nunmehr auch tüchtige kleinere Baufirmen noch mehr zum Zuge kommen lassen und mit unmittelbaren Aufträgen bedenken zu können, dürfte damit auch eine besonders grosse Zahl von Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden können.

*

Den zentralen Beschaffungsstellen (Baustoffbeschaffung, Heizwerkstätte, Dampfwäscherei, Beschaffungsangelegenheiten und Bäckerei) stehen für Ankäufe von Rohmaterialien und Fertigwaren Kredite von insgesamt 13.600.000 Schilling zur Verfügung. Ihre Regionen stellen sich einschliesslich der Kosten für die Kontrolle des wirtschaftlichen Verbrauches von Amtserfordernissen auf 2.784.210 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Die Beträge, die der vorliegende Haushaltplan der Stadt Wien ohne Berücksichtigung der städtischen Unternehmungen - für Aufträge an Industrie, Handel und Gewerbe, sei es aus dem Titel der Arbeitsbeschaffung und für Investitionen, sei es für laufende Erfordernisse arbeitschaffender Art - bauliche Erhaltung, Nachschaffungen, Reparaturen und dgl. - bereitstellt erreichen die Summe von rund 93'5 Millionen Schilling, das ist fast ein Viertel des Gesamtetats.

* *

Gleichzeitig mit dem Voranschlag der Hoheitsverwaltung wurden vom Bürgermeister die von den Direktoren der städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Strassenbahn, Brauhaus, Leichenbestattung und Ankündigungsunternehmung) ausgearbeiteten Wirtschaftspläne zur Beratung übergeben.

Gaswerke.

Dem Wirtschaftsplan für 1938 wurde eine dem laufenden Jahre entsprechende Gaserzeugung von 312 Millionen Kubikmeter gegen 268 Millionen Kubikmeter für 1937 zugrundegelegt. Die Steigerung ist auf den erhöhten Eigenbedarf der Ofenunterfeuerung zurückzuführen. Die zur Abgabe gelangende Gasmenge ist mit 245 Millionen Kubikmeter gegenüber 240 Millionen Kubikmeter im Vorjahre angenommen.

Der Voranschlag weist nach Vornahme entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und der Zuweisungen an die Rücklagen einen Gebarungüberschuss von 10'4 Millionen Schilling aus gegen 9'1 Millionen Schilling des Voranschlages für 1937.

Für Investitionen sind 5'9 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 0'2 Millionen Schilling auf bereits in Ausführung begriffene Neuherstellungen entfallen.

Elektrizitätswerke.

Der Strombedarf des Unternehmens wird im Wirtschaftsplan 1938 mit 505 Millionen Kilowattstunden gegen 485 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1937 veranschlagt. Hievon sollen rund 159 Millionen Kilowattstunden aus den eigenen, mit inländischer Kohle betriebenen Dampfkraftwerken und rund 346 Millionen Kilowattstunden aus österreichischen Wasserkraftwerken gedeckt werden (davon 245'7 Millionen Kilowattstunden durch Fremdstrombezug). Die für den Verkauf bestimmte Strommenge ist mit 365 Millionen Kilowattstunden gegenüber 352 Millionen Kilowattstunden im Voranschlag 1937 angesetzt.

Der Wirtschaftsplan weist nach Durchführung entsprechender Abschreibungen von den Anlagewerten und Zuweisungen an Rücklagen einen Gebarrungsüberschuss von rund 10 Millionen Schilling gegenüber den für 1937 veranschlagten rund 10'7 Millionen Schilling aus.

Für Investitionen ist im Wirtschaftsplan ein Geldbedarf von rund 8'5 Millionen Schilling vorgesehen, worauf auf bereits in Ausführung begriffene Neuherstellungen rund 1'2 Millionen Schilling entfallen.

Strassenbahnen.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 1938 sieht für den Strassenbahn- und Stadtbahnbetrieb eine Beförderungsleistung von 466 Millionen, für den Autobusbetrieb eine solche von 16'4 Millionen und für den Elektrobusbetrieb eine solche von 250.000 Fahrgästen vor. Diese Ziffern sind unter Bedachtnahme auf die Entwicklung der Frequenz im Jahre 1937 sowie unter der Annahme erstellt, dass die Tendenz dieser Entwicklung auch im Jahre 1938 anhält. Im Vergleiche zu den Ansätzen im Wirtschaftsplan pro 1937 von

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am.....

470 Millionen, bzw. 16'7 Millionen Fahrgästen ergibt sich ein Rückgang von rund 0'8 v.H., bzw. rund 1'8 v.H. Gegenüber den voraussichtlichen Erfolgswerten des Jahres 1937 bleiben aber die Annahmen für das Jahr 1938 beim Strassenbahn- und Stadtbahnbetrieb nur um rund 0'5 v.H. und beim Autobusbetrieb um rund 1'4 v.H. zurück.

Die Fahrleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn ist mit 123'2 Millionen Wagenkilometern angenommen. Gegenüber der Annahme für das Jahr 1937 mit 122'6 Millionen Wagenkilometer ergibt sich eine Erhöhung um 0'6 Millionen Wagenkilometer oder um rund 0'5 v.H. Die voraussichtliche Erfolgswert des Jahres 1937 wird infolge verschiedener kleinerer Verkehrsverbesserungen rund 123'2 Millionen Wagenkilometer betragen. Trotz des für das Jahr 1938 vorgesehenen Frequenzrückganges wird also die tatsächliche Fahrleistung des Jahres 1937 unverändert für das Jahr 1938 beibehalten. Auch beim Autobusbetrieb und beim Elektrobusbetrieb wird die vorgesehene geringere Frequenz keine Rückwirkung auf die Fahrleistung ausüben.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf der Strassenbahn und Stadtbahn werden auf rund 92'7 Millionen Schilling geschätzt, wogegen der Ansatz im Vorjahre 94' Millionen Schilling betrug. Der gewärtigte Einnahmefall beträgt also rund 1'3 Millionen Schilling - rund 1'4 v.H. Gegenüber der voraussichtlichen Einnahme im Jahre 1937 per rund 93'5 Millionen Schilling ergibt sich aber nur ein Rückgang von rund 0'8 Millionen Schilling = 0'85 v.H. Dass die Einnahme in einem höheren Prozentsatz abnimmt als die Beförderungsleistung, ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Fahrgäste, die die Strassenbahn nur für kurze Fahrten in Anspruch nehmen und daher einen geringeren Fahrpreis entrichten, noch immer zunimmt, so dass für das Jahr 1938 nur mehr mit einem Durchschnittsfahrpreis von 19' Groschen gerechnet werden kann. Beim Autobus- und Elektrobusbetrieb wird im Einklang mit dem erwarteten Frequenzrückgang die Einnahme von 4,655.800 Schilling auf 4,562.000 Schilling, bzw. ^{von} 39.000 Schilling auf 36.500 Schilling herabgesetzt.

Die Einnahme aus der Gepäck- und Hundebeförderung ist auf Grund der Erfahrungen des laufenden Jahres mit 920,400 Schilling eingesetzt, wogegen der Ansatz für das Jahr 1937 nur 840.100 Schilling betragen hat.

Der Wirtschaftsplan pro 1938 schliesst mit einem Gebarungsabgang von rund 6'96 Millionen Schilling ab. Der verhältnismässig geringe Umfang der Verschlechterung des Gesamtbildes gegenüber dem Wirtschaftsplan für 1937, in dem ein Gebarungsabgang von rund 6'94 Millionen Schilling ausgewiesen ist, ist lediglich den Bemühungen zu verdanken, dem geschätzten Einnahmefall durch Verminderung der Ausgaben zu begegnen. Die Schwierigkeiten, die bei der Anwendung dieses nächstgelegenen Hilfsmittels überwunden werden müssen, werden jedoch immer grösser.

Für Investitionen, Erneuerungen und Inventaranschaffungen ist ein Betrag von rund 5'7 Millionen Schilling vorgesehen gegen rund 8'3 Millionen Schilling im Jahre 1937. Die Senkung des Investitionsaufwandes ist der Hauptsache nach auf die im Jahre 1937 erfolgte Fertigstellung der Reichs-, Rotunden- und Stadionbrücken zurückzuführen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am.....

B r a u h a u s .

Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einer Erzeugung von 140.000 hl und einem Verkauf von 131.600 hl. Bier. Die Einnahmen für Bier und Nebenprodukte werden mit 8.596.400 Schilling gegen 7.920.400 Schilling im Vorjahre präliminiert. Begründet wird diese Steigerung damit, dass der bei Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 1937 angenommene Rückgang des Bierabsatzes nicht im vollen Ausmasse eingetreten ist.

Der unter Berücksichtigung der erhöhten Gerstenpreise veranschlagte Gebarungsüberschuss beträgt 100.000 Schilling.

Für Investitionen sollen 310.000 Schilling aufgewendet werden.

L e i c h e n b e s t a t t u n g .

Der Wirtschaftsplan der städtischen Leichenbestattung für das Geschäftsjahr 1938 gründet sich auf die Annahme, dass das Unternehmen 10.400 Bestattungsfälle auf ausschliesslich eigene Rechnung durchführen und in 7.300 Geschäftsfällen Teilleistungen an private Bestatter erbringen wird. Ausserdem wird mit 1.900 unentgeltlichen Leichenbegängnissen gerechnet.

Die Einnahmen aus der Leichenbestattung sind um rund 281.000 Schilling höher angenommen; der Gebarungsüberschuss ist mit 120.000 Schilling veranschlagt.

Für Investitionen und Inventaranschaffungen ist ein Betrag von 185.000 Schilling vorgesehen.

A n k ü n d i g u n g s u n t e r n e h m u n g .

Die städtische Ankündigungsunternehmung rechnet damit, dass der im laufenden Geschäftsjahr erreichte Umsatz auch im Jahre 1938 erzielt werden wird. Der Gebarungsüberschuss beträgt 82.000 Schilling.

Die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen enthalten insgesamt Investitionen von rund 20'5 Millionen Schilling. Die Beträge, die von den Ansätzen der laufenden Gebarung als unmittelbar arbeitsschaffend bezeichnet werden können, sind mit insgesamt 30 Millionen Schilling einzuschätzen. Unter Einrechnung der arbeitsschaffenden Ausgaben der Hoheitsverwaltung von rund 93'5 Millionen Schilling können sonach Industrie, Handel und Gewerbe mit einer Summe von 144 Millionen Schilling rechnen, die ihnen aus dem Haushalt der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen im kommenden Jahr in Form von Aufträgen zufließen wird.
